

Intellektuelle zwischen Partei, Bewegung und Elfenbeinturm

Parteiintellektuelle

Lars Tschirschwitz

Beitrag zur Ad-hoc-Gruppe »Krise der Intellektuellen?! – Intellektuellensoziologie in Zeiten von Experten, sozialen Bewegungen und Bloggern« – organisiert von Thomas Laux und Insa Pruiskien

Parteiintellektuelle werden in der Regel sozialrevolutionären Weltanschauungsparteien in der Phase zwischen Industrieller Revolution und Zweitem Weltkrieg zugeordnet (vergleiche Gilcher-Holtey 2006: 118 f.). Karl Kautsky, Eduard Bernstein, Georg Lukács oder Antonio Gramsci sind Namen, die man mit ideologischen Richtungskämpfen in sozialdemokratischen und kommunistischen Parteien jener Zeit verbindet. Es waren Persönlichkeiten zumeist bürgerlicher Herkunft, die in Massenparteien während des Übergangs von Monarchie zu parlamentarischer Demokratie, von zum Teil feudalen Stände- zu großstädtisch geprägten Massengesellschaften um Deutungshoheit über den Vollzug des historischen Auftrags der Arbeiterschaft nach marxistischer Lesart fochten. Ein sozialistisches Heilsversprechen förderte die Disziplinierung der Arbeiterschaft, deren Masse politische Schlagkraft verlieh (Kirchheimer 1969). Nach dem Zweiten Weltkrieg gestaltete die Lage sich anders. Insbesondere in der bundesrepublikanischen Arbeiterbewegung setzte sich – anders als noch zu Weimarer Zeiten – bis zum Ende der fünfziger Jahre die Überzeugung durch, dass die ersehnte politische und wirtschaftliche Stabilität nur unter Wahrung eines Minimalkonsenses aller Beteiligten zu haben sei (vergleiche Angster 2003: 353–369). Das Bad Godesberger Grundsatzprogramm der SPD, erarbeitet unter anderem von Intellektuellen wie Carlo Schmid, Waldemar von Knoeringen und Adolf Arndt, dokumentierte diese Erkenntnis, indem es Abschied vom letzten Rest klassenkämpferischer Rhetorik nahm. Parteiintellektuelle – Mitglieder einer Partei, die sich mehr als der durchschnittliche Berufspolitiker ideologischen Fragen widmeten – waren somit auch nach dem Krieg an der Herstellung eines Konsenses innerhalb der politischen Organisationen der Arbeiterbewegung beteiligt und schufen mit dem Programm ein Integrationsinstrument, das eine Grundlage der Regierungsfähigkeit der Sozialdemokratie werden sollte. Partei und Intellektuelle hatten, abgesehen von gelegentlichen Spannungen, einen Modus Vivendi gefunden, nachdem die CDU unter wohl dosiertem Einsatz

von Ideen und Exponenten des Ordoliberalismus der Freiburger Schule sowie der katholischen Soziallehre in Tradition der Weimarer Zentrumspartei erst einen Parteikonsens, wenig später eine Regierungsmehrheit hatte formen können.

Auf die Ablehnung des bundesrepublikanischen Konsensmodells durch die 68er-Bewegung und ihre vielgestaltigen Nachfolgerinnen der siebziger und achtziger Jahre reagierten die Volksparteien wiederum mit Grundsatzdebatten unter Einbeziehung von Intellektuellen. Dabei war es zunächst die SPD, die mit sozialdemokratischen Wählerinitiativen unter Beteiligung von Günther Grass, Siegfried Lenz und Eberhard Jäckel um die Gunst der Wähler werben ließ und mit allenfalls mäßigem Erfolg durch sozialdemokratische Professoren wie Richard Löwenthal an den Universitäten den Kontakt zu den Aufbegehrenden aufrechtzuerhalten suchte. Die nun als »Kanzlerwahlverein« verschriene CDU erkannte nach der Bundestagswahl 1972 die Ursache für die Niederlage im Verlust der »geistigen Führung« (Schmidt 2010) und setzte fortan verstärkt auf die Autoritäten von Intellektuellen. Am Ende des Nachkriegsbooms ergaben sich daraus spezifische Probleme (vergleiche Tschirschwitz 2015). Zunächst werde ich als Krisenmomente wahrgenommene strukturellen Spannungen erläutern, die sich für Politiker und Intellektuelle aus diesem »*Strukturbruch und soziale[n] Wandel von revolutionärer Qualität*« (Doering-Manteuffel, Raphael 2010: 13, Hervorhebung im Original) ergaben, um sie dann an zwei Biographien zu exemplifizieren.

Strukturelle Spannungen

Kennzeichnend für die Figur des Parteiintellektuellen in der Bundesrepublik zwischen Nachkriegsboom und Jahrhundertwende waren strukturelle Spannungen verschiedener Natur. Während sich soziale Bewegungen durch Spontanität und ein hohes normatives Gewicht auszeichnen, kann, wie Otto Kirchheimer in den sechziger Jahren des letzten Jahrhunderts feststellte, eine Partei, die das Ziel der Massenintegration verfolgt, in der expandierenden Konsumgesellschaft nicht auf eine maximale ideologische Einhegung ihrer Wähler und Mitglieder setzen (Kirchheimer 1969). Weder könnten so breite Schichten und Klassen erreicht werden, noch ließen sich auf diesem Wege Koalitionsoptionen problemlos realisieren. Die Studentenbewegung der sechziger Jahre war mit derlei Pragmatismus kaum zu gewinnen. Hier gehörte der intellektuelle Streit zur *Raison d'être*, wohingegen als eine Voraussetzung für das Funktionieren des Konstrukts Volkspartei ein programmatischer Minimalkonsens unter der Mitgliedschaft galt, auf sozialdemokratischer Seite zuletzt organisiert durch das von Intellektuellen erstellte Grundsatzprogramm. Mit ihrem Selbstverständnis als historisch konsequente Nachkriegserscheinungen, die den zersetzenden Streit der Weimarer Republik zu vermeiden suchten, hatten die Volksparteien Union und SPD die politische Konsensbildung in ihre Reihen integriert und bezogen den vorpolitischen Raum in Vereinen, Universitäten, Gewerkschaften, Medien usw. mit ein. Dieses Unterfangen setzte ideologischen Pragmatismus notwendig voraus. Frauen-, Umwelt- und Friedensbewegung organisierten sich bewusst außerhalb dieser politischen Bahnen und nutzten gezielt die sich ebenfalls verändernde Medienöffentlichkeit. Sie waren von hohem normativen Gewicht gekennzeichnet und boten daher häufig Intellektuellen eine Bühne, die ebenfalls eine

Agenda mit hohem normativen Gehalt verfolgten. Die Parteien reagierten auf diese Herausforderungen mit intellektueller Aufrüstung: Parteiintellektuelle verfolgten das Ziel, einen bröselnden Konsens zu rekonstruieren. Ihre hervorgehobenen Positionen – die Arbeit in eigens für die Wertedebatte eingerichteten Gremien – waren Symptome der Krise der Volksparteien als Mitgliederparteien.

Neben durch die neuen sozialen Bewegungen selbstgeschaffenen Medien (vergleiche Schwanhäusser 2010) eröffneten der digitalisierte Rundfunk und später das Internet weitere Diskursarenen. In zunehmendem Maße war der politische Streit aufmerksamkeitsökonomischen Prämissen unterworfen, wie Helmut Schelsky Anfang der achtziger Jahre argwöhnte. Der versierte Umgang mit den Medien war zwar keine grundlegend neue Herausforderung, der Wandel des politischen Systems veränderte jedoch in Kombination mit der Aufspaltung der medialen Öffentlichkeiten das Anforderungsprofil für Politiker *und* Intellektuelle. Der Figur des Medienintellektuellen ist es »die qua Medienpräsenz erworbene Prominenz, die seinen [...] öffentlichen Ruf bestimmt und seinen Worten Gewicht verleiht« (Moebius 2012: 38; vergleiche auch Bering 2010: 533). Tut er dies, so ergibt sich jedoch früher oder später ein Glaubwürdigkeitsproblem, das aus der ständigen Medienpräsenz und vergleichsweise wenig differenzierenden, massenmedienkonformen Statements erwächst. Und selbst wenn man der These der Verdrängung des normativ verstandenen Intellektuellen durch den Medienintellektuellen nicht ganz folgen mag, so standen (linke) Intellektuelle wie auch wissenschaftliche Experten mit dem postmodernen Paradigma vom »Ende der großen Erzählungen« (vergleiche Lyotard 2009) unter erheblichem Rechtfertigungsdruck. Form und Inhalt des Diskurses gerieten nicht selten in Widerspruch.

Für professionelle Politiker tat sich – strukturell ganz ähnlich – die Kluft auf zwischen den Ebenen der »Verhandlungsdemokratie«, auf der sie ihre persönlichen Kontakte und Netzwerke zum Einsatz bringen, um diskret Kompromisse auszuhandeln, und der der »Mediendemokratie«, auf der Deutungskämpfe im Ergebnis die »Unterscheidung von Siegern und Verlierern« ermöglichen (vergleiche Grande 2000: 303 ff.; 305). Kaum nötig zu erwähnen, dass letztere dem Trend der politischen Personalisierung Vorschub leistete. Wichtig aber ist die Feststellung, dass der Terminus »Verhandlungsdemokratie« sich auf den engeren Umkreis einer politischen Entscheidung bezieht, während der »mediendemokratische« Aspekt im Werben um die Zustimmung der öffentlichen Meinung bzw. der Wahlbürger zu erkennen ist und sich somit deutlich auf den vopolitischen Raum bezieht. Im Folgenden liegt das Augenmerk mit Erhard Eppler und Kurt Biedenkopf auf zwei Fallbeispielen aus beiden großen Parteien der Bundesrepublik, um zu zeigen, wie sich die Krise *der* Volkspartei und die *des* Intellektuellen verbanden. Ihre Biographien machen das Zusammenwirken der beiden Spannungsfelder plastisch deutlich. Beide, Biedenkopf und Eppler, stimmten hegemonie-theoretischen Überlegungen zu, wie sie in der CDU nach dem Machtwechsel im Bund genauso kursierten wie in der Neuen Linken und der Sozialdemokratie: Intellektuelle bzw. »geistige« Führung war demnach die Voraussetzung politischer Macht. Ein selbst postulierter Schwerpunkt ihrer Arbeit war daher »Bewusstseinsbildung«.

Zwei Fallbeispiele

Biedenkopf gehörte zur Führungsmannschaft des seinerzeit als Reformler titulierten CDU-Vorsitzenden Helmut Kohl. Schon in jungen Jahren hatte der Spross einer (groß)bürgerlichen Familie es als Wirtschaftsrechtler zu einigem Erfolg in der akademischen Welt gebracht und galt als politisch unverbraucht. Herkunft und Habitus des Professors entsprachen dem, was die nach zwanzig Jahren ununterbrochener Regierungstätigkeit intellektuell ausgelaugte CDU suchte, um einen Imagewandel herbeizuführen. Biedenkopf war akademisch im Umfeld der Freiburger Schule des Ordoliberalismus sozialisiert. Damit kompatibel zu intellektuellen Gründungsressourcen der CDU, symbolisierte sein Alter Erneuerung, seine Prägung Kontinuität. Als Generalsekretär (1973 – 1977) trieb Biedenkopf die Arbeit am ersten Grundsatzprogramm der CDU zusammen mit Mitgliedern der CDU-Grundsatzkommission, in der Politiker wie Heiner Geißler, Norbert Blüm und Richard von Weizsäcker von Wissenschaftlern, vom Politologen Wilhelm Hennis oder gelegentlich vom Soziologen Schelsky beraten wurden, überhaupt voran, geriet aber schnell in Konflikt mit seinem Förderer Kohl. Die Anerkennung durch die Medienöffentlichkeit stand in keinem Verhältnis zur institutionellen Verankerung des Quereinsteigers Biedenkopf in der Partei. Umgekehrt war Kohl, der seit frühester Jugend an seiner politischen Karriere in der CDU gearbeitet hatte und als bestens vernetzt galt, aufgrund seiner öffentlichen Auftritte und leidlichen intellektuellen Strahlkraft oft Ziel von Häme und Spott.

Die deutschen Sozialdemokraten litten bekanntlich gerade nicht an einem Mangel intellektueller Mitstreiter. Doch nur bei wenigen spitzte sich der Gegensatz von intellektueller Freizügigkeit und politischer Disziplin qua Amt ähnlich dramatisch zu wie beim Baden-Württemberger Erhard Eppler. Eppler hatte in der neutralistischen¹, stark protestantisch geprägten Gesamtdeutschen Volkspartei Gustav Heinemanns seine politische Karriere begonnen und war nach deren Auflösung wie viele Mitglieder der Kleinpartei zur SPD »übergelaufen«. Sein kulturelles Kapital speiste sich aus der Herkunft im politischen Protestantismus, der eine tragende Säule nicht nur der sozialdemokratischen Mehrheit 1972, sondern auch der sozialliberalen Koalition der siebziger Jahre werden sollte. Sein Ziel, die Änderung der bis in die sechziger Jahre von Konservativen eher konfrontativ in Szene gesetzten Deutschlandpolitik, hatte er als Sozialdemokrat weiter verfolgt; er darf als Verfechter der »Neuen Ostpolitik« gelten, die vor allem auch ein Anliegen vieler Protestanten war (Bösch 2002: 23).² Die SPD-Führung hatte ein Interesse an der sichtbaren Einbindung dieser Strömung – dem trug die immerhin rund fünfjährige Tätigkeit Epplers im Bundeskabinett als Minister für Entwicklung und Zusammenarbeit (1968 – 1974)

1 Als »neutralistisch« bezeichnete man Personen und Gruppen, die sich gegen die antagonistische Blockbindung der beiden deutschen Staaten engagierten und stattdessen ein geeintes, »neutrales«, das heißt weder dem Warschauer Pakt noch der NATO angehörendes Deutschland favorisierten. Später erweiterte diese Denktradition sich auf den (west-) europäischen Rahmen.

2 Bösch weist darauf hin, dass – durch die konfessionelle Brille betrachtet – ein deutliches Übergewicht der Protestanten auf dem Gebiet der SBZ/DDR einem Schwerpunkt des Katholizismus in den westlichen Besatzungszonen bzw. der Bundesrepublik gegenüberstand. Daraus resultierte unter anderem das überdurchschnittlich große Interesse vieler Protestanten im Westen an politischen Neuansätzen hinsichtlich der deutschen Frage, das bald zu einer Allianz zwischen (Links)Protestantismus und Sozialdemokratie im Zeichen der Entspannungspolitik führte.

Rechnung. Kurz nach dem Wechsel im Kanzleramt von Willy Brandt zu Helmut Schmidt verließ auch Eppler das Kabinett. Als baden-württembergischer Landesvorsitzender der SPD legte er künftig hohes Gewicht auf intellektuelle Tätigkeit. Mehrere Bücher und unzählige Aufsätze und Vorträge im geistigen Umfeld der entstehenden Umweltbewegung, der Anti-Atomkraft-Bewegung und erst recht der Friedensbewegung ließen ihn in offenem und öffentlichem Gegensatz zur operativen Politik der Regierung Schmidt erscheinen. Alle diese sozialen Bewegungen, für die ein relativ hoher Anteil Protestanten kennzeichnend war, standen hauptsächlich zur SPD in einem Konkurrenzverhältnis um den politischen Idealismus einer jungen Generation: Zustimmung der einen Seite bedeutete nicht selten die Ablehnung der anderen. Der Bad Godesberger Konsens, durch den weltanschauliche Pluralität zur Voraussetzung der Mehrheitsfähigkeit werden sollen, hatte seine Grenzen erreicht, als der Wiederaufbau des Landes beendet war und Vietnamkrieg und Umweltzerstörungen in den Entwicklungsländern die Aufmerksamkeit auf die so genannte »Dritte Welt« richteten.

Das alternative Milieu der siebziger und achtziger Jahre verstand sich als Gegenkultur zu Staat, Parteien und Gesellschaft. Erhard Eppler konnte hinsichtlich seiner Prägung und seiner wenig verdeckten Opposition gegenüber der Bundesregierung innerhalb dieser Gegenkultur mehr als vergleichbare Politiker auf ein Minimum an Kompatibilität hoffen. Die polarisierte politische Gemengelage jener Jahrzehnte – RAF-Terror, die Totalopposition eines Teils der Friedensbewegung sowie der Anti-AKW-Bewegung einerseits und eine auf Bundesebene erstmals als Oppositionspartei gegen die hochgesteckten Reformziele der sozialliberalen Koalition agierende Union andererseits – erleichterte die Arbeit eines Kompromisse suchenden Politikers nicht. Die Glaubwürdigkeit des Intellektuellen Eppler, der bei aller Opposition am Modus der Reform festhielt, litt ebenso wie die des Politikers Eppler, der mit Beiträgen auf Kundgebungen und in entsprechenden Periodika Defizite der bundesdeutschen Demokratie geißelte. Was inhaltlich schwer zu vereinen war, versuchte Eppler durch seine Person zu versöhnen: Anfang der siebziger Jahre hatte er aus der angelsächsischen Diskussion den Gegensatz von Lebensstandard und Lebensqualität in die Debatten um die »Grenzen des Wachstums« gebracht und damit den sich andeutenden Bruch des Bündnisses zwischen mehrheitlich materialistisch orientierten Gewerkschaften, einer Jugendkultur im Wertewandel, die Kritik am Leistungsbegriff eben jener Organisationen der klassischen Industriegesellschaft übte, und einem protestantischen Bildungsbürgertum angedeutet. Zeitweise war er zugleich Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchentages und frühes Mitglied des 1977 gegründeten Freiburger Öko-Instituts sowie Vorsitzender der Grundwertekommission der SPD.

Etwa zeitgleich schwelte der Führungskonflikt in der CDU. Kurt Biedenkopf gründete nach seinem Ausscheiden als Generalsekretär einen wissenschaftlichen Think Tank, das Institut für Wirtschaft und Gesellschaft in Bonn, das mit wissenschaftlichen Persönlichkeiten und Institutionen nationaler und internationaler Herkunft kooperierte. Neben der Formulierung seiner wirtschaftspolitischen Agenda, die sich in die Traditionen neoliberaler Denker wie etwa Walter Eucken oder Friedrich A. von Hayek ordnete, setzte er sich mit dem individualistischen politischen Engagement in den neuen sozialen Bewegungen, insbesondere auch der Friedens- und Kirchentagsbewegung, auseinander. Anders als weite Teile der mehrheitlich katholisch geprägten Union, die dem Pazifismus an der Wende der siebziger und achtziger Jahre skeptisch bis ablehnend gegenüberstanden, legte der liberalkonservative Biedenkopf Wert auf die Erörterung vermeint-

lich abseitiger Positionen. Die Relativierung des antikommunistischen Dogmas rührte an den ideologischen Grundfesten der Union. Was äußerlich als persönlicher Gewinn an Eigenständigkeit gewertet werden mochte, drängte Biedenkopf, der seine politische Karriere weiterhin verfolgte, innerparteilich ins Abseits. Auch hier war es, ähnlich wie bei Erhard Eppler, die politisch nicht eindeutige Positionierung, die zu Problemen der Glaubwürdigkeit in beiden Sphären, der professionellen Politik und dem vopolitischen Raum, führten. In der Union konnte Biedenkopf unter den Bedingungen der Bonner Republik nicht reüssieren. Erst mit der deutschen Einheit eröffnete sich ihm die Möglichkeit, bis zum Ende seines Politikerlebens als Ministerpräsident eines Bundeslandes politische Verantwortung zu übernehmen.

Die Intellektuellen Biedenkopf und Eppler hatten primär als »mediendemokratische« Akteure Gewicht, auf der Ebene der »Verhandlungsdemokratie« hingegen blieben ihnen meist Erfolge versagt. In Nordrhein-Westfalen bzw. Baden-Württemberg waren und blieben sie führende Oppositionspolitiker. Sie, die Parteiintellektuellen, waren personalisierte Scharniere zwischen unterschiedlichen, ihre Parteien tragenden Milieus. In den Medien, gerade auch in jener Phase, in der der Rundfunk so gut wie ausschließlich öffentlich-rechtlich organisiert und von Parteien und Interessengruppen umkämpft war, profitierten sie von ihren mindestens doppelten Identitäten. Die Politiker Biedenkopf und Eppler genossen einen privilegierten Zugang nicht nur zum Rundfunk; als Intellektuelle, die sich nicht ohne Weiteres den Rationalitäten des Berufspolitikers unterzuordnen schienen, wirkten sie einer bestimmten Klientel gegenüber authentisch. Es waren eben jene Eigenschaften, die ihnen in ihren Parteien angesichts einer mittlerweile ebenfalls partiell zur Partei gewordenen Außerparlamentarischen Opposition (APO) Status verlieh.

Eppler und Biedenkopf changierten zwischen den intellektuellen Autoritätsressourcen des normativ verstandenen Intellektuellen und denen des Experten. Wobei sich beide von entgegengesetzten Polen aufeinander zu bewegten: Der eine, Biedenkopf, hatte es in der Welt der Wissenschaft zu Ansehen gebracht und galt als Fachmann für ordnungspolitische Probleme. Seine Opposition gegen keynesianische Globalsteuerungskonzepte des Wirtschaftsministers der ersten Großen Koalition (1966 – 1969), Karl Schiller, gründete auf diesem Expertenstatus. In den Auseinandersetzungen um die Erstellung des CDU-Grundsatzprogramms war ihm nicht selten die Distanz zwischen akademischem Elfenbeinturm und den Niederungen der Parteipolitik entgegengehalten worden. Die gewerkschaftsnahen Christdemokratischen Arbeitnehmerschüsse (CDA) neigten der Fortführung sozialstaatlicher Expansion zu, lehnten neoliberale Wirtschaftskonzepte ab und verdächtigten Biedenkopf sozialer Kälte. Der wiederum betonte in der Folge stets die normativen Fundamente des Ordoliberalismus. Der ideologische Streit in der Union führte schließlich zu seinem Rückzug aus der CDU-Führungsspitze sowie – gewiss mit der symbolischen Wirkung kalkulierend – zur Ernennung des der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft näher stehenden ehemaligen Jesuitenschülers Heiner Geißler zum Kandidaten für den Posten des CDU-Generalsekretärs. Als solcher vereinte Geißler ähnliche Autoritätsressourcen wie Erhard Eppler: Geißler entstammte einer Familie aus Zentrumstradition, war mit der katholischen Soziallehre vertraut und mobilisierte seinerseits moralisch grundierten Protest gegen die Politik der sozialliberalen Koalition vor dem Hintergrund des Ost-West-Konflikts.³

³ Beispielhaft sei hier nur Geißlers antikommunistisch imprägniertes Auftreten in der Debatte um den RAF-Terrorismus und die Verwerfungen um den NATO-Doppelbeschluss erwähnt.

Erhard Epplers politisches Engagement war anfangs eng mit der deutschen Frage verbunden, die in erster Linie ein innenpolitischer Konflikt zwischen individuellen Werthaltungen war, je nachdem, wie die jüngere deutsche Geschichte und potentielle Strategien gegenüber dem äußeren Gegner bewertet wurden oder auch familiäre Verbindungen zum ostdeutschen Nachbarn bestanden. Als Sozialdemokrat verstand Eppler den Auftrag seiner Partei in der Förderung emanzipativer Politik und brachte sich als Anwalt der »sozialen Gerechtigkeit« in Diskussionen um Steuerreform und Mitbestimmung ein. Seine Überlegungen zu einer »alternativen« Energiepolitik, die langfristig von Atomkraft Abstand nehmen würde, stützten sich unter anderem auf die Expertise des Freiburger Öko-Instituts, das als einer der wichtigsten Think-Tanks der Umweltbewegung in Deutschland gilt (vergleiche Engels 2010: 415). Eppler und Biedenkopf wurden (Gegen-)Experten der Politik, indem sie sich von den tonangebenden Strömungen ihrer Parteien sichtbar distanzieren und sich jeweils – gewiss nicht gänzlich ohne Blick auf Möglichkeiten der eigenen Profilierung – als Stimme vermeintlich oder tatsächlich Benachteiligter präsentierten.

Der vorpolitische Raum ging den Parteien sukzessive verloren, oder besser: er veränderte sich insofern, als »Wissen und Qualifikationen, aber auch Handlungsformen und Einstellungen, die in der Familie und im Ausbildungssystem erworben wurden« (Abels 2010: 209), in abnehmendem Maße den Profilen der Nachkriegsparteien bzw. der in Programmatik gegossenen Werthaltungen ihrer Anhängerschaften entsprachen. Pille und reformiertes Scheidungsrecht erschütterten das Leitbild der bürgerlichen Kernfamilie, das Ende des Fordismus ließ die gewachsenen Strukturen von Interessengruppen im Bereich der Produktion erodieren und verursachte in der Folge neue Erwerbsbiographien und Loyalitäten. Der um die Wende in den achtziger Jahren wieder stärker zutage tretende Systemkonflikt ließ Eppler, der durch Willy Brandts Ostpolitik Erreichtes zerrinnen sah, wieder mehr als Intellektuellen in Erscheinung treten. Biedenkopf, der Experte und Politiker, kontrastierte den stark antikommunistisch gefärbten Stil seines Nachfolgers in den achtziger Jahren durch entspannungspolitische Initiativen: Neben einer Reihe von Veröffentlichungen und der Teilnahme an friedensbewegten Diskussionen unter anderem auf Evangelischen Kirchentagen führte ihn sein Weg 1986 und 1989 ein weiteres Mal in die DDR, um mit dem Politbüro-Mitglied Hermann Axen Perspektiven deutsch-deutscher Zusammenarbeit zu sondieren. Schon seit 1984 hatte Eppler hingegen als einer der Sozialdemokraten, die in Gesprächen mit Gesandten der Akademie für Gesellschaftswissenschaften eine neue »Kultur des Streits« zwischen den beiden Teilen Deutschlands eruierten, versucht, den entspannungspolitischen Minimalkonsens zu reaktivieren. In beiden Fällen war es das erklärte Ziel, ideologische Hemmnisse zu überwinden und Konsens überhaupt erst möglich zu machen. Am Ende war es dann Ronald Reagans kompromisslose Rüstungspolitik mit der Folge des Einknickens der Sowjetunion, die ab Mitte der achtziger Jahre die deutsch-deutsche Konsenssuche beschleunigte. Eine Seite hatte die andere zu Verhandlungen unter für sie günstigen Bedingungen gezwungen. Der Erfolg der Strategie der Vereinigten Staaten ließ den Parteiintellektuellen, in erster Linie den sozialdemokratischen, wiederum in einer Krise erscheinen: Mögen die Bemühungen Erhard Epplers auch in der amerikanischen Friedensbewegung auf Gegenliebe gestoßen sein und sei es auch, dass das zwischen der Grundwertekommission und den Kommunisten ausgehandelte Dokument, das SPD-SED-Papier, ostdeutschen Oppositionellenkreisen Vorschub geleistet hat – zum Ende der DDR gehört eben auch der durch amerikanischen Druck gelockerte Griff der Sowjetunion auf ihre Satelliten. In der zeitgenössischen Wahrnehmung und

auch aus heutiger Sicht war es der Machtpolitiker Helmut Kohl, der die deutsche Einheit mit taktischem Geschick und einer nicht zu geringen Portion Glück im innerdeutschen Rahmen förderte, während viele linke Intellektuelle, auch Erhard Eppler noch kurz zuvor die entspannungspolitische Dialektik des Wandels durch Annäherung verfochten hatten. Pragmatismus stach intellektuelle Moderation zwischen ideologisch konträren Standpunkten – die den Machtpolitiker hauptsächlich insofern interessierten, als sie hinsichtlich der Einflussmöglichkeiten auf Wahlbürger oder etwa außenpolitische Akteure zu- oder abträglich erschien – aus.

Mit dem Sieg der westlichen Staatengemeinschaft verlor selbige paradoxerweise auch eines ihrer Fundamente: Hatte das Feindbild der kommunistischen Gefahr Einfluss auf einen spezifischen Modus der Konsensfindung gehabt, so änderte die Geschäftsgrundlage der Bundesrepublik sich ebenfalls über Nacht. Deutlich ließ sich dies an den Volksparteien ablesen. Innerhalb der CDU glaubte der nun ebenfalls abgesetzte Heiner Geißler, dass wirtschaftsliberale Gruppierungen der Regierungsparteien CDU/CSU und FDP geneigt sein könnten, ihre Forderungen sozusagen mit dem Wind der Geschichte im Rücken umso rücksichtsloser durchzusetzen. Geißler sah die christlich-sozialen Grundlagen seiner Partei bedroht und machte nun – wie seit einiger Zeit Erhard Eppler und Kurt Biedenkopf – als Autor mobil. Biedenkopf hingegen hatte als sächsischer Ministerpräsident nur noch wenig Zeit, seine marktliberalen Ideen als Redner und Schreiber unters Volk zu bringen, zumal das Amt des »Landesvaters« eher präsidiale Vermittlung denn normative Zuspitzung erforderte. Einerlei: So wie die Polarisierung des globalen Systemkampfes die Konsensfindung über politische Lager hinweg erschwert, innerhalb eines politischen Lagers jedoch oft befördert hatte, zeigte sich nach 1989/90, dass vormals innigst beschworene Gegensätze zwischen Union und SPD jedenfalls nicht so groß waren, dass die große Koalition der sechziger Jahre eine historische Ausnahme bleiben musste. Wo selbst Grüne und Schwarze nur noch wenig verhandlungsdemokratische Hindernisse ausmachen können, bedarf die medien demokratische Konsenssuche offenbar keinerlei parteiintellektueller Vermittlung mehr.

Fazit

Kurt Biedenkopf und Erhard Eppler, sie stehen stellvertretend für eine Generation von Nachkriegspolitikern, deren politisches Tagwerk aus heutiger Sicht stark von intellektuellem Streit geprägt war, bzw. ihre politischen Karrieren waren befördert durch den Strukturwandel westlicher Gesellschaften. Ob Wachstumskrise, Protestbewegung oder Furcht vor atomarer Auslöschung – all dies wurde als Krisensymptom wahrgenommen und nötigte den Volksparteien der Nachkriegszeit Antworten ab, die die traditionellen Erzählungen ihrer Parteien nicht lieferten. So entstanden günstige Bedingungen für politische Karrieren dieser Art. Am deutlichsten ließ sich das im Umgang mit den Unzufriedenen der im Vergleich zum alternativen Milieu der siebziger und achtziger Jahre noch recht übersichtlichen Jugendbewegung der späten sechziger Jahre ablesen, die von intellektuellen Leitfiguren etwa der Neuen Linken angezogen war. Übereinstimmend zogen die beiden deutschen Großparteien die Konsequenz, dass sie selbst diesem Bedürfnis nach intellektueller Führung mit der Erarbeitung von Grundsatzprogrammen – zwei Jahre nach dem Machtwechsel von 1982 begann damit auch die sozialdemokratische Grund-

wertekommission unter Leitung Erhard Epplers – entgegen-kommen müssten. Geistige Führung zum Zwecke des politischen Machterwerbs und Machterhalts setzte demnach die intellektuelle Integration jener Kreise voraus.

Dabei stellten die Parteiintellektuellen, also jene Intellektuellen, die nicht nur mit einer Partei sympathisierten, sondern Mitglieder und gar Funktionäre oder öffentliche Amtsträger waren, eine Art Scharnier zu jenen Bereichen des vorpolitischen Raumes dar, der ihrer Herkunft und Sozialisation entsprach. Dies waren in den beiden skizzierten Fällen die neuen sozialen Bewegungen bzw. akademische Institutionen sowie die dazugehörigen Öffentlichkeiten. Der fortlaufende Prozess der Diversifikation von Milieus und der Individualisierung setzte dem jedoch gleichsam Grenzen. Je heterogener das Wahlvolk wurde, desto weniger Integrationskraft konnten solche Persönlichkeiten in der Breite entfalten. Dieser Widerspruch zeigte sich an den politischen Lebenswegen Epplers und Biedenkopfs, die jeweils großen Wert auf programmatische Aussagen legten, zugleich aber auch als »authentische« Persönlichkeiten wirkten, in besonderem Maße. Das Problem, das Intellektuelle und Politiker verbindet, ist eines, das sich am Vergleich mit der Urszene *des* Intellektuellen erkennen lässt. Richtete sich Emile Zolas Aufruf *J'accuse* an die Bevölkerung und Eliten einer Republik, die vom Mythos der Emanzipation durch Revolution zehrte, so war die Welt nach dem Zweiten Weltkrieg nur oberflächlich betrachtet klar geordnet. Zumindest innerhalb der westlichen Staaten formierte sich ein politischer Pluralismus, dessen Steuerungsfähigkeit in abnehmendem Maße auf ideologischer Einhegung basierte. Sie, die Parteiintellektuellen, waren Erzähler am Ende der großen Erzählungen, die in dieser politischen und sozialstrukturellen Gemengelage versuchten, mit dem Ziel der politischen Führung ihres Subjekts – ihrer (Volks-)Partei – die *eine* integrierende Geschichte zu liefern.

Professionelle Politiker wissen, dass es beim Buhlen um die Gunst des Wählers nicht ausschließlich, wohl nicht einmal in erster Linie, auf spezifische Inhalte, sondern die Präsentation der Politiker in und durch die Medien ankommt. Hinzu kommt mit zunehmender Splitterung der Medienöffentlichkeit das Problem, dass jemand, der Mehrheiten an der Wahlurne gewinnen will, von Mehrheiten am Zeitungskiosk, im Abendprogramm des Rundfunks bzw. in den Medien des digitalen Zeitalters zunächst einmal wahrgenommen werden muss, bevor über konkrete politische Vorhaben diskutiert werden kann. Die Krise »des« Intellektuellen ist in Teilen auch die Krise »des« Politikers: Selbst wenig eitle Intellektuelle sind auf die Resonanz eines Publikums angewiesen, dessen Aufmerksamkeit über viele Kanäle gestreut ist, und daher gezwungen, sich mehr denn je den Regeln der Aufmerksamkeitsökonomie zu unterwerfen. Parteiintellektuelle wie Kurt Biedenkopf und Erhard Eppler, denen das Ausbalancieren von normativem Auftrag und politischem Kalkül offensichtlich schwierig gelungen war, hatten keine Nachfolger; zumindest nicht in SPD und Union, die sich vom Auftrag der Massenintegration im Sinne hoher Mitgliederzahlen, wie er in der alten Bundesrepublik noch maßgebend war, stillschweigend verabschiedet haben – und damit neue Repräsentationslücken preisgaben. Politische Mobilisierung, wie sie heute abseits des Wahlkampfes üblich ist, kommt weitgehend ohne Intellektuelle und/oder Parteiintellektuelle aus, während das Spiel mit der Authentizität *des* Intellektuellen und wissenschaftlichen Autorität *des* Experten in der Person des Politikers gelegentlich in Kleinparteien an der Grenze zur APO wieder auflebt.

Literatur

- Abels, H. 2010: Identität. Über die Entstehung des Gedankens, dass der Mensch ein Individuum ist, den nicht leicht zu verwirklichenden Anspruch auf Individualität und die Tatsache, dass Identität in Zeiten der Individualisierung von der Hand in den Mund lebt, 2., überarb. u. erw. Aufl., Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Angster, J. 2003: Konsenskapitalismus und Sozialdemokratie. Die Westernisierung von SPD und DGB. München: Oldenbourg.
- Bering, D. 2010: Die Epoche der Intellektuellen 1898–2001. Geburt, Begriff, Grabmal. Berlin: University Press.
- Bösch, F. 2002: Macht und Machtverlust. Die Geschichte der CDU, Stuttgart, München: Deutsche Verlags-Anstalt.
- Doering-Manteuffel, A., Raphael, L. 2010: Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970, 2. erg. Aufl., Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Engels, J. I. 2010: Umweltschutz in der Bundesrepublik – von der Unwahrscheinlichkeit einer Alternativbewegung. In S. Reichardt, D. Siegfried (Hrsg.): Das Alternative Milieu. Antibürgerlicher Lebensstil und linke Politik in der Bundesrepublik Deutschland und Europa 1968–1983. Göttingen: Wallstein, S. 405–422.
- Gilcher-Holtey, I. 2006: Theater und Politik: Bertolt Brechts »Eingreifendes Denken«. In I. Gilcher-Holtey (Hg.), Zwischen den Fronten. Positionskämpfe europäischer Intellektueller im 20. Jahrhundert. Berlin: Akademie-Verlag, 117–151.
- Grande, E. 2000: Charisma und Komplexität. Verhandlungsdemokratie, Mediendemokratie und der Funktionswandel politischer Eliten. In R. Werle, U. Schimank (Hg.), Gesellschaftliche Komplexität und kollektive Handlungsfähigkeit. Frankfurt am Main: Campus, 297–319.
- Kirchheimer, O. 1969: Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems. In G. Zieburg (Hg.), Beiträge zur allgemeinen Parteienlehre. Zur Typologie und Vergleichung Politischer Parteien, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 341–374.
- Lyotard, J.-F. 2009 [1979]: Das postmoderne Wissen, 6. vollst. überarb. Aufl., Wien: Passagen.
- Moebius, S. 2010: Intellektuellensoziologie – Skizze zu einer Methodologie. Sozialgeschichte Online 2, 37–63, http://duepublico.uni-duisburgessen.de/servlets/DerivateServlet/Derivate-24066/Sozial.Geschichte_Online_2_2010.pdf (letzter Aufruf 14. August 2014).
- Schmidt, D. 2010: »Die geistige Führung verloren«. Antworten der CDU auf die Herausforderung »1968«. In F.-W. Kersting, J. Reulecke, H.-U. Thamer (Hg.): Die zweite Gründung der Bundesrepublik. Generationswechsel und intellektuelle Wortergreifungen 1955 – 1975, Stuttgart: Steiner, 85–107.
- Schwanhäusser, A. 2010: U-Zeitungen. Neue Medien für die Avantgarde der Eventkultur. In S. Reichardt, D. Siegfried (Hg.), Das Alternative Milieu. Antibürgerlicher Lebensstil und linke Politik in der Bundesrepublik Deutschland und Europa 1968 – 1983, Göttingen: Wallstein, 206–221.
- Tschirschwitz, L. 2015: »Die Suche nach Konsens«. Zur Rolle und Funktion von Parteiintellektuellen in der Bundesrepublik zwischen Nachkriegsboom und Jahrhundertwende. Rostock, (Diss., im Erscheinen).